Dobrindt forciert Abschiebungen in Drittstaaten

Der Bundesinnenminister und weitere EU-Innenminister wollen die Migrationspolitik verschärfen.

KOPENHAGEN. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat sich erneut für ein europäisches Vorgehen für Abschiebungen von Geflüchteten in Drittstaaten ausgesprochen. Es brauche „Partnerländer möglichst in der Nähe von Herkunftsländern, die dann mit uns in Vereinbarung in der Lage sind, Asylbewerber auch zurückzunehmen", sagte Dobrindt beim Treffen der EU-Innenminister in Kopenhagen. Die EU solle Abkommen mit Drittstaaten schließen.

Die EU-Kommission hatte im Mai bereits vorgeschlagen, die Bedingungen für Abschiebungen in Drittstaaten zu vereinfachen. Die EU-Länder sollen Asylbewerber leichter in ein anderes Land abschieben können, auch, wenn die Migranten keine Verbindung zu dem entsprechenden Land haben. EU-Migrationskommissar Magnus Brunner betonte, Abschiebungen in Drittstaaten seien Sache der einzelnen Mitgliedsländer – die Kommission wolle dafür aber den Rechtsrahmen schaffen. Brüssel sieht für den nächsten mehrjährigen EU-Haushalt eine Erhöhung der Gelder für die europäische Grenzbehörde Frontex vor. Ferner bemühe man sich um Abkommen mit Staaten wie Libyen, erklärte EU-Kommissar Brunner.

Die Zusammenarbeit mit den Behörden in Libyen ist wegen Unruhen im Land jedoch schwierig. Die Regierung in Tripolis im Westen ringt um die Macht mit einer Gegenregierung in Bengasi im Osten. Anfang des Monats wurden Brunner sowie die Minister aus mehreren EU-Ländern aus Bengasi verwiesen, als sie mit den Behörden dort verhandeln wollten. Viele Migranten versuchen von Libyen aus Europa zu erreichen. Von den libyschen Behörden abgefangene Migranten werden gewaltsam zurückgebracht und willkürlich inhaftiert. Menschenrechtsgruppen werfen der EU eine Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen in dem Land vor. *AFP*

Das Zitat des Tages

Foto: dpa/Michael Kappeler

„Klar ist, man muss sich aufeinander zubewegen. Und das bedeutet, dass man eben von Maximalpositionen runterkommen muss."

Thorsten Frei, Kanzleramtschef, setzt auf eine Lösung zwischen Union und SPD im Streit um die Richterwahl für das Bundesverfassungsgericht.

Kurz berichtet

Regierungsflieger musste unplanmäßig in Leipzig landen

BERLIN. Eine Maschine der Bundeswehr-Flugbereitschaft, mit der zuvor Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) unterwegs war, musste am Montagabend in Leipzig notlanden. Wie ein Sprecher der Luftwaffe sagte, befand sich der Airbus A319 auf dem Weg von Berlin zur Heimatbasis in Köln. Nach einer Warnmeldung im Cockpit kurz nach dem Start entschied der Pilot, in Leipzig zu landen. Die Delegation der Ministerin war zuvor in Berlin ausgestiegen. *dpa*

US-Regierung gibt Dokumente zum Attentat auf King frei

WASHINGTON. Trotz Bedenken seiner Familie hat die US-Regierung bislang unter Verschluss gehaltene Dokumente zum Attentat auf den Bürgerrechtler Martin Luther King im Jahr 1968 veröffentlicht. Mit der Freigabe der Unterlagen solle „vollständige Transparenz über dieses entscheidende und tragische Ereignis in der Geschichte unseres Landes" hergestellt werden, sagte Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard am Montag (Ortszeit). Die mehr als 230 000 Seiten umfassende Dokumentensammlung befasst sich unter anderem mit den Ermittlungen der US-Bundespolizei FBI. *AFP*

Leitartikel

Klarheit im Umgang mit der AfD

Der BaWü-Check zeigt: Viele sind mit Blick auf die AfD unentschieden. Das hat Gründe, die abgestellt gehören.

Von Annika Grah

Es ist mehr als ein Jahr her, da gingen an vielen Wochenenden Zehntausende in Deutschland auf die Straße. Das vom Recherchenetzwerk Correctiv aufgedeckte Potsdamer Treffen hatte viele aufgeschreckt – mit Worten wie Remigration und Berichten über Verstrickungen zwischen AfD-Mitgliedern und Rechtsextremen. Wenige Monate später legte die AfD im Südwesten bei Kommunal- und Europawahl kräftig zu.

Dann beging Friedrich Merz wenige Wochen vor der Bundestagswahl einen Tabubruch und ließ über seinen Antrag zur Migration mit Hilfe der AfD abstimmen. Kurz darauf, am 23. Februar, verdoppelte die Partei bundesweit ihr Wahlergebnis von 2021. In Baden-Württemberg wurde sie in 31 Wahlkreisen zweitstärkste Kraft.

Nun, wenige Monate vor der Landtagswahl am 8. März, ist die AfD im Südwesten weiter stark, legt in Umfragen sogar zu. Und das, obwohl inzwischen das Gutachten des Verfassungsschutzes veröffentlicht worden ist, das belegen soll, dass in der Partei die rechtsextremen Kräfte die Oberhand gewonnen haben. Die AfD hat sich erfolglos vor Gericht gegen die Einstufung gewehrt.

Im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, wird das Wählerpotenzial der vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuften Partei auf 23 Prozent geschätzt. Jeder Fünfte fände eine Koalition mit der CDU eine gute Idee. Nur wenig mehr der Befragten sind für ein schwarz-grünes Bündnis. Und selbst wenn die Frage weiter gefasst und neben der Koalition auch die „Zusammenarbeit" als Option angegeben wird, findet weniger als die Hälfte, dass man das ausschließen sollte.

Fast ebenso viele der Befragten sehen kein Problem in der Zusammenarbeit mit der Partei, der die Präsidentin des Verfassungsschutzes auch in diesem Bundesland attestiert, dass rechtsextremistische Kräfte in der AfD auf dem Vormarsch sind. Gleichzeitig ist mehr als die Hälfte beunruhigt darüber, dass die Partei bei der Landtagswahl Stimmen dazugewinnen könnte.

Die anderen Parteien müssen zeigen, dass sie handlungsfähig sind.

Das wirkt alles seltsam unausgegoren. Einerseits sehen viele den Erfolg der AfD mit Sorge, andererseits hält man sie für regierungsfähig oder zumindest der Zusammenarbeit würdig. Das ist kein Wunder angesichts des Schlingerkurses mancher Parteien im Umgang mit der AfD in den vergangenen Monaten. Da ist auf der einen Seite die Brandmauer, die etwa CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel hochhält. Auf der anderen ein Bundeskanzler, der im Januar kurz vor einer Richtungswahl für einen vermeintlichen Geländegewinn die Unterstützung der Rechten akzeptierte.

Dabei ginge es auch anders. Das hat Manuel Hagel vorgemacht, der damit ein klares Zeichen setzte. Dabei ging es zwar nicht um das Reizthema Migration, aber ums Gendern. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke wollte Hagel 2023 dazu bringen, in einem Antrag mit der AfD abzustimmen. Hagel entzog sich und brachte seine Fraktion im Landtag dazu, gegen die eigene Position zu stimmen, um nicht mit Stimmen der AfD einen Pyrrhussieg davonzutragen.

Eine solche Klarheit ist geboten im Umgang mit der AfD. Haltung alleine wird es aber nicht richten, wenn die Partei nach wie vor für viele die vermeintlich einfacheren Lösungen anbietet. Da braucht es Überzeugungsarbeit und das Vertrauen, dass die anderen Parteien handlungsfähig sind. Noch haben Grüne und CDU in der Landesregierung die Möglichkeit zu zeigen, dass sie dazu in der Lage sind, auch wenn das im Lichte des aufziehenden Wahlkampfs immer schwerer wird. Vor allem aber muss es im Wahlkampf um eigene Inhalte gehen und nicht um ein „Gegen die anderen".

Wie wird das neue Syrien aussehen?

Der Umgang mit der kleinen drusischen Minderheit lässt nichts Gutes erahnen. Eine neue Fluchtwelle könnte die Folge sein.

Von Violetta Hagen

STUTTGART. Als Basil al-Khalil (Name geändert) sich am Montag nach fünf Tagen das erste Mal traut, einen Fuß vor seine Haustür zu setzen, zeigt sich ihm ein Bild des Grauens. Halbverweste Leichen liegen am Rand der Straße in der südsyrischen Stadt Suwaida. Es kostet den dreißigjährigen Englischlehrer allen Mut, weiterzugehen. Als er das größte Krankenhaus der Stadt erreicht, findet er den Innenhof mit Leichen übersäht, keine lebende Seele ist zu sehen. Basil filmt alles mit seinem Handy. „Oh Gott, das ist wie ein Horrorfilm", kommentiert er seine Aufnahmen. „Wir brauchen Hilfe!"

Spannungen seit dem Sturz von Assad

Was sich in den vergangenen zehn Tagen in Suwaida abgespielt hat, wirft einen dunklen Schatten auf das neue Syrien unter Übergangspräsident Ahmad al-Scharaa. Im Dezember vergangenen Jahres stürzte er mit seinen islamistischen Kämpfern Langzeitdiktator Bashar al-Assad. Und während immer mehr Sanktionen aufgehoben und Botschaften eröffnet werden, verschlechtert sich die Sicherheitslage in Syrien – vor allem für religiöse und ethnische Minderheiten.

Dabei gilt Syrien als eines der heterogensten Länder der arabischen Welt: Alawiten, Drusen, Christen und Kurden prägen die mehrheitlich sunnitische Gesellschaft mit. Die Drusen machen etwa drei Prozent der Bevölkerung aus. Die religiöse Minderheit lebt überwiegend in Suwaida im Süden des Landes.

Seit dem Sturz des Assad-Regimes kommt es immer wieder zu Spannungen. Die Drusen pochen darauf, selbst für Sicherheit in ihren Siedlungsgebieten zu sorgen. Auch die Kontrolle über den Drogenhandel in der Region hat mutmaßlich eine Rolle gespielt

Ein Foto vom 18. Juli: : Ein beduinischer Kämpfer ruft während der Zusammenstöße zwischen beduinischen Stammeskämpfern und drusischen Streitkräften am Rande der Stadt Suwaida Parolen. Foto: dpa/Ghaith Alsayed

sowie alte Fehden mit benachbarten Beduinenclans. Der Streit mit eben diesen sunnitischen Clans eskalierte vergangene Woche schließlich in blutige Gewalt. Doch statt schlichtend einzugreifen, sollen die aus Damaskus entsandten Regierungstruppen selbst drusische Zivilisten ermordet haben, so der Vorwurf der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Mehr als 700 Menschen sollen auf allen Seiten getötet worden sein.

Besonders erschreckend ist für Beobachter, wie schnell eine explizit anti-drusische Rhetorik auftauchte – und auch in Staatsmedien verbreitet wurde. „Die Kämpfer haben sich dabei gefilmt, wie sie drusischen Männern die Schnurrbärte abrasieren, die als religiöses Symbol gelten", schildert die deutsche Menschenrechtsaktivistin Düzen Tekkal. Sie sieht die Minderheiten in Syrien als akut gefährdet. „Anstatt den neuen Präsidenten zu hofieren, in der Hoffnung bald wieder Abschiebeflüge nach Syrien zu schicken, sollte Deutschland massiven Druck ausüben, um die Minderheiten in Syrien zu schützen." Sonst, so Tekkal, drohe eine neue Fluchtwelle aus dem Land.

Denn auch andere Minderheiten stehen massiv unter Druck. Anfang März war es in der Küstenregion zu Massakern an der alawitischen Minderheit gekommen. 1500 Menschen – darunter viele Frauen und Kinder – wurden innerhalb weniger Tage getötet. Auch die Christen bangen um ihre Sicherheit: Im Juni sprengte sich ein Selbstmordattentäter in einer Kirche in Damaskus in die Luft und tötete 25 Menschen.

Im Militär dominieren die alten Milizen

Immer deutlicher wird, dass Präsident al-Scharaa nicht willens oder in der Lage ist, Sicherheit für die Minderheiten zu garantieren. Auch weil in der Armee eben jene dschihadistischen Milizen dominieren, die ihm bei der Eroberung Syriens halfen. Sie sind kampferprobt und gelten als extrem radikal.

In Suwaida ist mittlerweile eine Waffenruhe in Kraft – doch die Lage gilt weiter als extrem angespannt. Für Englischlehrer Basil al-Khalil ist sein Leben und das seiner Gemeinschaft seit vergangener Woche für immer brutal geteilt – in ein Davor und Danach. „Wir können uns nie wieder sicher fühlen in Syrien", sagt er. Immer wenn er die Augen schließt, so erzählt er, sieht er wieder die Leichen am Wegesrand liegen. „Wir sind jetzt Fremde in unserem eigenen Land."

Alabali Radovan fordert Ende des Krieges in Gaza

In einer Erklärung fordern 29 Länder ein Ende der Kämpfe – Deutschland gehört nicht zu den Unterzeichnern.

BERLIN. Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali Radovan (SPD) wünscht sich von Deutschland mehr Engagement für einen Waffenstillstand im Gazastreifen. Die Forderungen von 29 Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Länder nach einem sofortigen Ende des Gaza-Krieges seien für sie nachvollziehbar, sagte die Ministerin der „Rheinischen Post". Am Montag hatten die Außenminister von 28 Staaten und eine Vertreterin der EU eine entsprechende Erklärung veröffentlicht. „Ich hätte mir gewünscht, dass Deutschland sich dem Signal der 29 Partner anschließt", sagte Alabali Radovan. Die Ministerin betonte: „Was gerade in Gaza passiert, ist unfassbar. Unschuldige Kinder sterben. Menschen hungern". Ein schneller und nachhaltiger Waffenstillstand sei jetzt nötig. Das hätten ihre Gespräche beim Besuch in der Region bestätigt. Während einer Reise nach Ägypten hatte die deutsche Entwicklungsministerin kürzlich Wiederaufbauhilfen für Gaza unter bestimmten Bedingungen in Aussicht gestellt.

Die Forderung nach einem sofortigen Kriegsende im Gazastreifen wird unter anderem von Großbritannien, Frankreich, Italien, Polen, der Schweiz, Australien und Neuseeland unterstützt. Die 29 Unterzeichner kritisieren in der Erklärung auch das Vorgehen der israelischen Regierung bei den Hilfslieferungen. Dieses sei gefährlich, schüre Instabilität und „beraubt die Menschen im Gazastreifen ihrer Menschenwürde", heißt es in dem Schreiben an die israelische Regierung. Die Unterzeichner fordern auch die „sofortige und bedingungslose Freilassung" aller von der Hamas verschleppten Geiseln.

Israel und die Terrorgruppe Hamas führen seit Oktober 2023 einen Krieg gegeneinander, der für die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen eine humanitäre Katastrophe ausgelöst hat. *epd*

Die Tomicek-Karikatur

Kopenhagen-Airport

Woidke verteidigt Platzecks Russland-Reisen

Der ehemalige SPD-Chef soll Berichten zufolge trotz des Krieges in der Ukraine weiter Kontakte zu Russland pflegen.

POTSDAM. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat die Kontakte seines Vorgängers Matthias Platzeck nach Russland verteidigt. „Es ist wichtig, diplomatische Kanäle offenzuhalten", sagte Woidke auf Anfrage. „Nur so besteht die Chance auf Deeskalation und eine friedliche Lösung. Das ist ebenso wichtig, wie die klare Unterstützung der Ukraine, die völkerrechtswidrig von Russland angegriffen wurde." Er sagte außerdem: „Matthias Platzeck hat alles dazu gesagt." Der „Tagesspiegel" hatte am Samstag darüber geschrieben.

Der „Spiegel", die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" und die russische Oppositionsplattform „The Insider" hatten unter Berufung auf Augenzeugen berichtet, Platzeck sei seit Ende 2022 neunmal nach Russland gereist. Der SPD-Politiker sagte dem „Tagesspiegel", es gehe darum, bestehende Kontakte nicht abreißen zu lassen. Die Frage sei auch, wie der Krieg enden könne und ob zu einer guten Verteidigungsfähigkeit nicht auch aktive Diplomatie auf vielen Ebenen gehöre.

Matthias Platzeck war von 2002 bis 2013 Ministerpräsident von Brandenburg und von 2005 bis 2006 Bundesvorsitzender der SPD. Platzeck hatte sich im Mai dieses Jahres gegen Vorwürfe im Zusammenhang mit einer Reise nach Baku in Aserbaidschan zu Gesprächen mit russischen Vertretern gewehrt. Er erklärte damals, zu Grundsätzen guter Außenpolitik gehöre es, Gesprächskontakte auch nach Russland aufrechtzuerhalten. *dpa*